

01.02.2020 - Schöne neue Arbeitswelt. Prekarisierung

Über die Bedingungen von Widerstand unter prekären Verhältnissen

von Thomas Goes

«Man vernutzt uns hier wie Maschinen», sagte ein Leiharbeiter, den ich im Rahmen eines Forschungsprojekts interviewen konnte, über seine Arbeitssituation. Leistung würde sich nicht lohnen, führe nicht zu einer unbefristeten Anstellung ? von Anerkennung durch Vorgesetzte im Betrieb kaum eine Spur. Der Lohn war so niedrig, dass er noch einen Nebenjob brauchte.

Eingesetzt wurde er in einem Lager des Großhandels. Ein auch nicht gerade üppig bezahlter Stamm von fest Beschäftigten wurde dort dauerhaft durch einen breiten Rand von Zeitarbeitskräften ergänzt, Befristungen galten bereits als ganz «normaler» Einstieg in das Unternehmen.

Die Belegschaft ? der «betriebliche Gesamtarbeiter» ? war nicht nur sozial gespalten, der flexible Rand wurde von den Betriebsräten und aktiven GewerkschafterInnen vor Ort auch gleichzeitig mal als Sicherheitspuffer für die eigene Kernbelegschaft, mal als Bedrohung betrachtet. Die soziale Spaltung in Beschäftigte, die über unterschiedlich «gute» Verträge und Arbeitsbedingungen verfügten, verband sich so mit einer politischen.

Gewerkschaftliche Errungenschaften werden unterlaufen

Zeitarbeit ist ein besonders prominentes Beispiel prekärer Beschäftigung, die seit Anfang des Jahrhunderts in besonderem Maße zugenommen hat. 2002/03, als die Zeitarbeit durch Rot-Grün gesetzlich erleichtert wurde, gab es zwischen 280000 und 290000 LeiharbeiterInnen, Mitte 2019 waren es fast 950000. Das klingt nach vergleichsweise wenig, ist aber viel. Denn weitaus mehr Menschen sind zeitweise als Leihkräfte tätig.

Eine andere Art der prekären Beschäftigung sind geringfügige Arbeitsverhältnisse, zum Teil sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung, Niedriglohnjobs und befristete Arbeitsverhältnisse. Von den etwa 41 Millionen Erwerbstätigen waren Ende 2019 immerhin etwas mehr als 7,5 Millionen geringfügig beschäftigt, für einen Niedriglohn arbeiteten 2017 rund 7,9 Millionen Menschen. Das alles summiert sich nicht einfach, es gibt Überschneidungen. Zum Beispiel arbeiten viele Zeitarbeiter auch für sehr niedrige Löhne. Aber: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind längst normal. Sie gehören zu den festen, dicken Stützen des deutschen Kapitalismus.

«Prekär» heißt dabei zunächst einmal «auf Widerruf» und «unsicher», was

insbesondere für Befristungen und Zeitarbeit zutrifft. In der Soziologie gilt in einem allgemeineren Sinne ein Beschäftigungsverhältnis dann als prekär, wenn es von früher einmal typischen Errungenschaften abweicht, die für Beschäftigte mit dem sog. «Normalarbeitsverhältnis» verbunden waren: etwa Kündigungsschutz, soziale Beschäftigungssicherheit, armutsfeste Löhne, aber auch die Möglichkeit, am Sozialleben und der Interessenpolitik im Betrieb und am Freizeitleben teilzuhaben. Wer alle paar Monate für wenig Lohn in einem anderen Betrieb eingesetzt wird, kann nichts davon.

Ausweitung von Beschäftigermacht

Man kann sicherlich sagen, dass jede Lohnarbeit einen «prekären Kern» hat, weil Kapitalisten, aber auch der Staat, keine Beschäftigungsgarantien geben. Insofern ist die Lohnabhängigenexistenz immer mit einer Restunsicherheit behaftet. Aber keineswegs gilt das für alle, die ihre Arbeitskraft als Ware zu Markte tragen müssen, in gleichem Maße. Und vor 30 Jahren gab es viele uns heute wohlbekannte prekäre Arbeitsverhältnisse auch nicht (mehr).

Beschäftigte bspw., die über gefragte Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen, können ? zumindest stimmt das in der Tendenz ? bessere Beschäftigungs-, Arbeits- und Lohnbedingungen aushandeln. Und erst durch die rot-grünen Arbeitsmarktreformen, die Etablierung des Hartz-IV-Aktivierungs- und Strafsystems sowie die gezielte Förderung eines breiten Niedriglohnsektors nach 2003 wurden die Bedingungen für den Dambruch der Prekarisierung geschaffen.

Ein besonderes «Prekariat» gibt es allerdings nicht, schon gar nicht als neue Klasse, wie es eine Zeit lang hieß. Angemessener ist es, Prekarisierung als die Neuaushandlung dessen zu verstehen, was als normale «proletarische Reproduktionsbedingung» in der Gesellschaft gilt. Betrieblich und staatlich wurde experimentiert, es wurden Vorstöße gemacht und Gegenwehr bewältigt. In diesem Sinne ist Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen gleichbedeutend mit der gezielten Ausweitung von Kapital- und Beschäftigermacht. In der Tendenz heißt das: weniger Verpflichtungen, weniger Bindung (etwa durch Kündigungsschutz) und weniger Lohn.

Die Neoliberalisierung des Spätkapitalismus

Prekarisierung ist damit Teil eines politischen Projekts, mit dem Kapitalisten, politische Eliten und Staatsfunktionäre auf die Verwertungsprobleme des Kapitalismus reagiert haben, die seit Mitte der 70er Jahre auftauchten. Dieses Projekt, die Neoliberalisierung des Spätkapitalismus, wurde nicht über Nacht erfunden und konnte auch nicht schnell und ohne Widerstände durchgesetzt werden. In Westdeutschland wurde es in den 80er Jahren entwickelt, konnte in den 90er Jahren Erfolge feiern und hatte mit der Agenda

2010 unter SPD-Kanzler Schröder einen vorläufigen Höhepunkt.

Im Kern ging und geht es um die Durchsetzung eines «Kapitalismus pur», wie es der Ökonom Michel Husson nannte. Bezogen auf die menschliche Arbeitskraft heißt das: Sie soll zeitlich, örtlich und hinsichtlich der Einsetzbarkeit flexibler werden; durch organisierte Verunsicherung, also fehlende Beschäftigungssicherheit, soll sie diszipliniert werden; Leistungsbereitschaft soll gesteigert werden, indem die Weiterbeschäftigung und geringfügige Verbesserungen der eigenen Situation vom Wohlverhalten und von Bewährungsproben im Betrieb abhängig gemacht werden; die Lohnkosten sollen verringert werden, direkt durch Lohnzurückhaltung einerseits, andererseits durch die Schwächung der Betriebsräte und Gewerkschaften.

All das hat den französischen Soziologen Pierre Bourdieu dazu gebracht dieses politische Projekt ? die Neoliberalisierung des Spätkapitalismus ? als Höllenmaschine zu bezeichnen, und die Prekarisierung selbst als ein Disziplinarregime zu verstehen, in dem gestraft wird und Betroffene atomisiert werden.

Beides trifft ein Stück weit zu. Kämpfe in Betrieben, in denen stark prekär beschäftigt wird, zeigen allerdings, dass Erwartungen, Arbeiterpolitik würde so ganz nebenbei verhindert, zu pessimistisch waren. Soziologische Untersuchungen haben außerdem gezeigt, dass in prekarierten Belegschaften zum Teil erhebliche Unzufriedenheit nicht nur mit der eigenen Arbeits- und Beschäftigungssituation entstanden ist, sondern auch zunehmend Politik und Wirtschaftseliten misstraut wird. Es ist also Druck im Kessel, aber es ist offen, wozu das führt. Ein Teil der Unterprivilegierten neigt nach rechts, aber ein anderer ist auch nach links offen.

Prekarisierung ist jedoch nur ein einzelner Bestandteil umfassenderer Lösungsstrategien, mit denen auf kapitalistische Krisenprozesse geantwortet wurde. Andere betreffen beteiligende Formen des Managements sowie die Verschlankung von Produktions- und Arbeitsabläufen und damit verbundene Formen der Arbeitsorganisation ? die «Subjektivierung von Arbeit». Darum wird es in der nächsten Folge gehen.